

An die
Mitgliedsverbände der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft

19. Januar 2005
Info-Nr. 03/2005

Tarif- und Einkommensrunde 2005

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Presse berichtete breit über die gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des dbb in Bad Kissingen. Vielfach waren die Schlagzeilen, dass der beamtenbund 2005 mit einer Nullrunde einverstanden sei. Dies hat bei den Kolleginnen und Kollegen Irritationen ausgelöst.

Von daher einige Erläuterungen zu der Aussage Peter Heesens, dass der dbb und die dbb tarifunion keine lineare Gehaltserhöhung gefordert hat.

Tarfbereich

Am 16. Dezember haben der Vorstand der Tarifkommission der dbb tarifunion ihre Forderungen zur Tarifrunde 2005 aufgestellt. Dabei wurde sich dafür ausgesprochen, die Neugestaltung des Tarifrechts und der Tarifrunde 2005 materiell zusammenzufassen. Die dbb tarifunion verzichtete dabei auf die Festlegung einer linearen Tarifforderungen. Der Entgelttarifvertrag wurde bisher nicht gekündigt, weil auch zu berücksichtigen ist, dass die Länder einseitig den Weihnachts- und Urlaubsgeldtarif gekündigt haben und auch die Arbeitszeit einseitig verlängert haben. Wäre von Gewerkschaftsseite nun der Entgelttarifvertrag gekündigt worden, hätte man auch über Kürzung des Weihnachtsgeldes und die Verlängerung der Arbeitszeit verhandeln müssen. Genau dies wollten wir nicht.

So fordert der dbb beamtenbund und tarifunion für die Einkommensrunde 2005 die Neugestaltung der Beschäftigungsbedingungen unter Einbeziehung der Einkommensentwicklung der Privatwirtschaft für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Dies sollte für den Tarifbereich im Rahmen des bereits eingeleiteten Reformprozesses zur Neugestaltung des Tarifrechts und für den Beamtenbereich durch die rasche Umsetzung des Eckpunktepapiers „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ erfolgen.

Konkret wird für den Tarifbereich u. a. folgendes gefordert:

- Die Verhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts mit Bund und Kommunen und zur Einkommensrunde 2005 materiell zu verbinden.
- Die Sicherung von Einkommen und Beschäftigungen in Verbindung mit strukturellen Verbesserungen ist mit einem neuen Tarifrecht erreichbar, wenn folgende Punkte erfüllt werden:
 - ein leistungsgerechtes Zahlungssystem,
 - eine bessere Bezahlung für junge, besonders qualifizierte Mitarbeiter,
 - eine Sicherung der Beschäftigungsperspektiven im öffentlichen Dienst, auch durch ein flexibleres Bezahlungssystem,
 - keine Benachteiligung von Beschäftigten bei Inkrafttreten eines neuen Tarifrechts.

Der Vorsitzende der dbb tarifunion Frank Stöhr, hat zu den Beschlüssen klargestellt, dass der dbb selbstverständlich nicht auf das Volumen verzichten werde, das den Arbeitnehmern in der Tarifrunde 2005 zusteht. Das Volumen orientiere sich an den Tarifabschlüssen in der Privatwirtschaft. Die Frage sei jedoch, wo dieses Volumen am besten investiert werde. Sicherlich, so Stöhr weiter, sei eine lineare Forderung plakativ. Jedoch bringe es den Beschäftigten mehr, dieses Volumen zur Ausgestaltung des neuen Tarifrechts für den öffentlichen Dienst zu investieren.

Vor diesem Hintergrund wurde die formelle Eröffnung der Einkommensrunde 2005 auf einen unbestimmten Termin verschoben. Ursprünglich war der Auftakt für den 20. Januar 2005 in Potsdam vorgesehen.

Beamtenbereich

Für den Beamtenbereich will der dbb ebenfalls eine Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft. Dbb-Chef Peter Heesen erteilte Forderungen nach einer Nullrunde eine deutliche Absage. Bei der 46. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung in Bad Kissingen zeigte sich Heesen darüber verärgert, dass verschiedene Unberufene, wie etwa Bundesfinanzminister Hans Eichel „für den öffentlichen Dienst wieder einmal eine Nullrunde gefordert habe“. Er könne sich nicht daran erinnern, dass von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die laufenden Entgelttarifverträge gekündigt worden sein und Forderungen nach linearer Einkommenserhöhung beschlossen wären. Jeder verantwortliche Gewerkschafter wisse, dass strukturelle Reformen zumindest für den Übergang Kosten verursachen, wenn nicht gegen das Prinzip des Vertrauensschutzes verstoßen werden sollte. Dies gelte auch für die Einführung einer Leistungsbezahlung. Es mache keinen Sinn, solche Reformdebatten mit linearen Zusatzforderungen zu belasten.

Was die Frage der Einkommensentwicklung im Beamtenbereich betreffe, so sieht der dbb hier die Notwendigkeit behutsam vorzugehen, wenngleich nicht außer Acht gelassen werden dürfe, dass die z. T. exorbitanten Kürzungen einiger Dienstherren beim Weihnachts- und Urlaubsgeld reale Einkommensverluste von bis zu 8 % des Jahreseinkommens zu Folge haben. Dies ist in den öffentlichen Debatten bereits ebenso vergessen, wie die vielen anderen Einsparungen seit Mitte der 90er Jahre. Wichtig erscheint es dem dbb auch, in einer größeren Zahl von Dienstbereichen die Möglichkeit zum Aufstieg sachgerecht aufzustocken. Hier wird vor allem an die Bereiche Justiz, Polizei und Steuerverwaltung, aber auch den Technischen Dienst gedacht. Immer öfters würden Beamtinnen und Beamte in höherwertige Funktionen eingesetzt, ohne dafür das adäquate Einkommen zu erhalten.

Priorität hat nun die Umsetzung des Eckpunktepapiers. Für die wirksame Umsetzung der Leistungsbezahlung wird ein Volumen gebraucht. Eine Forderung nach einer linearen Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt die Realisierung des Eckpunktepapiers erschweren.

Gleichwohl werden sich die zuständigen Gremien des dbb auch mit der Einkommensrunde 2005 noch einmal befassen. Dabei werden die Beschlussgremien genau darüber wachen, dass auch für die Beamtinnen und Beamten im Jahr 2005 die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung gesichert wird. Diese Position des dbb hat der DSTG Bundesvorsitzende Dieter Ondracek auch bei einem Gespräch zum Jahrewirtschaftsbericht im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit klargestellt.

Dies zu Ihrer Information.

Mit kollegialen Grüßen

D. Ondracek
Bundesvorsitzender